Stellungnahme der Bundestagskandidatin von VOLT, Verena Willaredt, vom 5.9.21 zum Positionspapier der Parents-for-Future Heidelberg. Frau Willaredt wurde per Mail um Stellungnahme zum Positionspapier gebeten.

Gerne erläutere ich Ihnen unsere Position von Volt:

1. Wirksame und gerechte CO2-Bepreisung

Position von Volt:

- Wir erhöhen die Mindest- und Höchstpreise der CO2-Zertifikate im Zeitverlauf. 2025 soll ein Mindestpreis von 70 Euro und ein Höchstpreis von 210 Euro pro Zertifikat gelten. 2030 erreichen wir dann einen Preiskorridor von 100 Euro bis 300 Euro pro Zertifikat. Wir weiten das nEHS noch 2021 auf alle fossilen Energieträger, also auch die Kohle, aus.
- Wir streben einen einheitlichen CO2-Preis in Europa an
- Wir führen einen CO2-Grenzausgleichsmechanismus an den Außengrenzen der EU ein.
- Die Erlöse der CO2-Bepreisung nutzen wir, um die Transformation zu begleiten. Die Erlöse sollen zu gleichen Teilen als direkte Rückzahlung an die Bürger*innen („Klimadividende"), als Subventionen für umweltschonende Produkte und für staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung genutzt werden.

2. EU-Green Deal unterstützen und umsetzen

Position von Volt:

- Der Erfolg unserer Anstrengungen gegen die Klimakrise und ihre Folgen hängt maßgeblich von internationaler Zusammenarbeit ab. Wir sind davon überzeugt, dass Klimadiplomatie eines der zentralen außenpolitischen Werkzeuge Deutschlands und der EU werden muss. Wir übernehmen Verantwortung für globalen Klimaschutz – indem wir weltweit für ambitionierte Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung mobilisieren. So stärken wir zudem die Anpassungsfähigkeit der bereits heute besonders vom Klimawandel Betroffenen. Deutschland und die EU sollen dafür ihre Handelsmacht, ihr Ansehen und ihre technologischen sowie finanziellen Möglichkeiten nutzen, um die weltweite Transformation zur Klimaneutralität zu beschleunigen.
- Wir setzen uns dafür ein, eine europäische Klimadiplomatiegruppe zu schaffen. Diese wird die klimadiplomatischen Anstrengungen der EU stärken

3. Energiecharta-Vertrag beenden

Position von Volt: 1:1 Übereinstimmung mit unserem Wahlprogramm

- Der ECT war ursprünglich dafür gedacht, internationale Zusammenarbeit im Energiesektor zu fördern, kann heute jedoch dafür missbraucht werden, die Energiewende durch Investitionsschiedsverfahren hinauszuzögern. Bisherige Versuche, den ECT zu reformieren, sind daran gescheitert, dass Änderungen von allen Mitgliedstaaten einstimmig getroffen werden müssen.
- Wir streben einen gemeinsamen Austritt aller europäischen Länder aus dem Energiecharta-Vertrag an. Zeitgleich soll ein sog. Inter-Se-Abkommen zur Neutralisierung der Folgen geschlossen werden. Diesem Abkommen sollen sich auch Länder außerhalb der EU anschließen, wofür sich die europäische Klimadiplomatie-Gruppe stark macht.

4. CETA ablehnen – nur Handelsabkommen schließen, die Klimaschutz fördern

Position von Volt:

- Wir setzen uns dafür ein, dass Freihandelsabkommen der EU transparent und mit Beteiligung des EU-Parlaments ausgehandelt werden. Sie sollen nur unter der Bedingung abgeschlossen werden, dass Umwelt- und Sozialstandards vereinbart und eingehalten werden
- Die EU soll Handelsabkommen als Werkzeug nutzen, um Umwelt- und Klimaschutz international voranzutreiben. Wir machen das Schließen von Abkommen von der Einhaltung des Pariser Abkommens und anderer Umweltschutzstandards abhängig. Bestehende Handelsabkommen wollen wir bezüglich ihrer Klimawirkung prüfen und ggf. nachverhandeln. Neue Abkommen wollen wir nur schließen, wenn sie Standards zu nachhaltiger Entwicklung berücksichtigen, deren Einhaltung fortlaufend geprüft werden soll.

5. Klimaschädliche Subventionen und Steuerprivilegien streichen

Position von Volt:

- Wir setzen uns für den schrittweisen Abbau aller klimaschädlichen Subventionen ein. Zunächst wollen wir uns den betragsmäßig größten Subventionen widmen. Deswegen heben wir die Befreiung des Flugverkehrs von der Kerosin- und Mehrwertsteuer auf. Die Energiesteuer soll umstrukturiert werden. CO2-Zertifikate im Emissionshandel werden nicht länger frei vergeben. Zudem übertragen wir Kraftwerksbetreibenden die Verantwortung für die von ihnen verursachten Folgekosten. Der Abbau der Subventionen erfolgt zum Abmildern sozialer Folgen und im Sinne der Klimawende.
- Wir streben eine kritische Überprüfung der EU-Agrarsubventionen an. Diejenigen von ihnen, die den Handel zu Lasten von Ländern des Globalen Südens verzerren, sollen zugunsten der Erreichung von fairem Handel und Gleichberechtigung umgestaltet werden

6. Nachhaltige technische Produkte und deren Kennzeichnung ermöglichen

Position von Volt:

- Um die Nutzungsdauer von Elektrogeräten zu verlängern, möchten wir die gesetzliche Gewährleistungsfrist von zwei auf fünf Jahre erhöhen. Zudem möchten wir die Reparaturfähigkeit bereits beim Erwerb durch die Einführung eines Index nach französischem Vorbild sichtbar machen. Zur sachgerechten Verwertung von Altgeräten möchte Volt ähnlich dem Schweizer Modell eine vorgezogene Recyclinggebühr einführen, welche beim Kauf anfällt und die Verwertungskosten gegenfinanziert.
- Wir wollen neue Vorschriften zur Regelung des Verbraucher*innenschutzes für vernetzte Haushaltsgeräte und Alltagsgegenstände (Smart Devices) schaffen. Eine Pflicht zur deutlichen Kennzeichnung verbauter Sensoren (wie Mikrofone) und anderer möglicher technischer Missbrauchspotenziale soll über Gefahren für die Privatsphäre aufklären. Die beim Kauf beworbene Funktionalität, inklusive möglicherweise erforderlicher Online-Dienste, muss für einen von vergleichbaren nicht-smarten Alternativen zu erwartenden Nutzungszeitraum gewährleistet werden, was auch die Bereitstellung von Sicherheits-Updates einschließt. Dies gilt auch für mobile Endgeräte wie Smartphones.
- Durch die Einführung eines Nachhaltigkeits-Labels wollen wir dem zunehmenden Trend der sogenannten Fast Fashion entgegenwirken. Zudem unterstützten wir eine Gesetzesinitiative, die die Vernichtung unverkaufter neuer Kleidung verbietet. Ferner möchten wir in Deutschland durch Weiterverkaufs-, Reparatur- und Mietmodelle einen Zweitmarkt für Textilien etablieren. Zusätzlich wollen wir die Forschung sowie Trenn-, Sammel- und Verwertungssysteme stärker ausbauen.
- Wir möchten die Verschwendung von Lebensmitteln deutlich reduzieren. Hierfür fordern wir kurzfristig die Entkriminalisierung des sogenannten „Containerns", aber möglichst zeitnah nach französischen Vorbild ein generelles Verbot zur Entsorgung von unverkauften Lebensmitteln. Zusätzlich möchte Volt auch in Supermärkten den Verkauf von unverpackten Waren in frei wählbaren Mengen etablieren und durch Pfandsysteme für standardisierte Mehrweg-Behältnisse erleichtern. Durch weitere Einzelmaßnahmen soll zudem die vorzeitige Entsorgung von Lebensmitteln aufgrund abgelaufener Mindesthaltbarkeitsdaten verringert werden.

Verena Willaredt